

22. Juni 2014

Unser Kontinent braucht Reformen – jetzt!

Wir Europäer haben die Wahl: gemeinsam erfolgreich oder getrennt bedeutungslos

Sehr geehrte Damen und Herren,

einen Monat nach den Wahlen zum Europäischen Parlament befindet sich unser Kontinent noch längst nicht in dem Zustand, der wünschenswert und erforderlich ist. Anstatt den notwendigen Sprung nach vorn zu wagen, drehen wir uns im Kreis. Es ist ernst: Europa nimmt die wirklich drängenden Zukunftsherausforderungen kaum in den Blick. Noch immer ist fast jeder vierte arbeitswillige Jugendliche ohne Job; die Staatsverschuldung steigt in den meisten Ländern; Deutschland und Frankreich driften wirtschaftlich und politisch weiter auseinander; **2050 wird aller Voraussicht nach kein einziges europäisches Land mehr zu den sieben größten Volkswirtschaften weltweit zählen.**

Seien wir ehrlich: Unser Kontinent hat keine Zeit für interinstitutionelles und politisches Hick-Hack oder einen Rückzug in nationale Wagenburgen: Europa braucht Reformen – jetzt! Deshalb fordere ich: **Europa-Parlamentarier und Regierungschefs sollten nun zusammenkommen und zielorientierte Verhandlungen beginnen – über den überfälligen ersten europäischen Koalitionsvertrag.**

Das EU-Parlament ist mit seinem wachstumsorientierten Aktionsplan „Mapping the Cost of Non-Europe, 2014 – 2019“ in Vorlage getreten. Dieser enthält konkrete Vorschläge, wie durch mehr europäische Integration in Schlüsselbereichen – digitaler Binnenmarkt, Energiebinnenmarkt, gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) – große volkswirtschaftliche Gewinne zu erzielen sind.

Nach einer halben Dekade der Krise und der Rettungspolitik muss ein konstruktives Arbeitsprogramm für die neue Kommission entwickelt werden, das Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum anpeilt und verwirklicht. Dabei muss allen klar sein: Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck, sondern unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Europa am globalen Wachstum teilnimmt.

Nur so werden wir uns unseren europäischen Lebensstandard auf Dauer leisten können. **Sehr wünschen wir uns in unseren Unternehmen, dass Beschlüsse über politische Prioritäten und effektive Instrumente jeder Personalentscheidung vorgehen.** Eine positive Wachstumsagenda für Europa sollte fünf Prioritäten umfassen:

Erstens: Europa braucht eine umfassende Investitionsoffensive. Sie schafft Wachstumspotenzial und Arbeitsplätze. Berechnungen der Europäischen Investitionsbank zufolge müssten mindestens 470 Milliarden Euro jährlich in die Energie-, Transport- und Datennetze in Europa investiert werden. Deshalb brauchen wir eine europaweite Kraftanstrengung. Mit der lassen sich strategische Projekte im europäischen Interesse identifizieren und an den Markt bringen. Europäische Finanzmittel sollten viel stärker als bisher dazu dienen, privates Anlagekapital für zusätzliche Investitionen in grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte zu mobilisieren. Mir geht es ausdrücklich nicht um eine Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Alles, was über die bereits bestehende Flexibilität hinausgeht, bedroht die notwendige Konsolidierung. In den nationalen Haushalten sind durch eine qualitative Konsolidierung – ein Umschichten von konsumtiven zu investiven Ausgaben – Spielräume für eine investitionsorientierte Wachstumspolitik zu schaffen. Der Aufwand lohnt sich: Schätzungen des EU-Parlaments zufolge könnte allein ein funktionierender digitaler Binnenmarkt 260 Milliarden Euro an Effizienzgewinnen in den nächsten Jahren bringen. **Ein wirklich vernetzter Binnenmarkt ist entscheidend, um Europas einzigartige Stärke in der grenzüberschreitenden Produktion seiner Wertschöpfungsketten optimal zur Geltung zu bringen.**

Zweitens: Ich fordere mehr Konvergenz zwischen Industrie-, Energie- und Klimapolitik in Europa. **Europa muss seine Stärken ausbauen – etwa die Industrie im Kern unseres Kontinents, die uns aus der jüngsten Krise befreit hat.** Deshalb muss das 20-Prozent-Industrieanteilsziel für die neue Kommission gesetzt sein. Not tut vor allem eine wirklich europäisch ausgerichtete Energie- und Klimapolitik. Die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes muss endlich Realität werden. Nur ein vernetztes internationales Energiesystem trägt zur Diversifizierung und damit zur Versorgungssicherheit bei. Es ist essenziell, die europäische Energie- und Klimapolitik auf eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energieversorgung auszurichten. Alle drei Komponenten des energiepolitischen Zieldreiecks müssen sich in der politischen Zielsetzung wiederfinden. Richtig ist, das europäische Emissionshandelssystem als Leitinstrument der Klimapolitik in der EU wie in Deutschland zu etablieren.

Drittens: Die Eurozone muss den eingeschlagenen Reformweg konsequent fortsetzen. Die jüngste EZB-Entscheidung für niedrigste, teilweise negative Zinsen ist ein Alarmsignal an die Politik. **Ich bin überzeugt, dass die Geldpolitik die Versäumnisse der Regierungen nicht auf Dauer ausgleichen kann. Es sind die Regierungen, die Strukturreformen schneller umsetzen müssen, damit die Länder wettbewerbsfähiger werden.** Jetzt ist in Europa die Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik am Zuge. Deshalb fordern wir im BDI, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit, Haushalts- und Fiskalpolitik

auszustatten. Der ESM hat bereits wesentlich zu den Reformen in den Krisenstaaten beigetragen, indem er jede Art von Hilfe an Reformauflagen knüpft. Dieser Prozess im Euroraum muss unbedingt weitergehen.

Viertens: Die EU muss TTIP als große Chance für Wachstum und Beschäftigung in Europa konsequent nutzen. In der aktuellen Debatte wird gern vergessen: Die USA sind der mit Abstand größte Exportmarkt der EU. Deshalb sollte die Politik sich für TTIP als eine umfassende Marktöffnung einsetzen. Durch regulatorische Zusammenarbeit kann TTIP unnötige Transaktionskosten vermeiden. Der hohe europäische Schutzstandard im Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsrecht darf dadurch nicht in Frage gestellt werden. **Global vorbildliche Regeln durch TTIP stärken nicht nur die transatlantische Partnerschaft, sondern auch das Welthandelssystem insgesamt.**

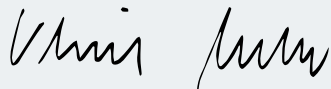
Fünftens: Innerhalb der EU-Kommission muss sichergestellt werden, dass alle neuen politischen Initiativen und Gesetzesvorschläge systematisch auf ihre Wettbewerbsfähigkeitswirkungen und Kohärenz geprüft werden. Daran mangelt es bisher. Und bereits beschlossene Maßnahmen sollten besser implementiert und durchgesetzt werden. **Die inhaltliche Neuausrichtung der EU-Institutionen auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätze muss sich auch in der strukturellen und personellen Neuaufstellung der EU-Institutionen niederschlagen.** Der BDI unterstützt den Vorschlag, innerhalb der Kommission für mehr Kohärenz zu sorgen. Fachzuständigkeiten sollten künftig bei einer begrenzten Zahl von Vizepräsidenten gebündelt werden. Ihnen würden die übrigen Kommissare fachlich unterstellt.

Priorität sollte dabei die Bildung eines starken wirtschaftspolitischen Clusters haben, das nicht zuletzt die Industrie- und Energiepolitik umfassen müsste. Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit sollte deutlich aufgewertet und zum zentralen Wächter für Wettbewerbsfähigkeit in der EU werden. Er sollte ein wirkliches Mitspracherecht erhalten. Dazu sollte er mit einem permanenten Präsidenten ausgestattet werden, der sich bei seiner strategischen Arbeit auf eine schlagkräftige hochrangige Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum stützen kann. Die Fußballweltmeisterschaft führt uns aktuell deutlich vor Augen, welche die Voraussetzungen für gemeinsamen Erfolg sind: Nur die Teams sind erfolgreich, die sich auf die schwierigen klimatischen Bedingungen in Brasilien und die internationalen Wettbewerber perfekt einstellen, ihre Strategie flexibel anpassen und eine Aufstellung wählen, die den hohen Anforderungen genügt. Und je länger das Turnier währt, desto mehr wird ein starker Teamgeist den Unterschied ausmachen.

Nur wenn Europa die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs rasch annimmt und sich programmatisch, strukturell und personell darauf einstellt, werden wir in den nächsten fünf Jahren Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. **Europa hat die Wahl: Wir werden gemeinsam in Europa erfolgreich sein – oder getrennt in Bedeutungslosigkeit versinken.** Ende der Woche werden die europäischen Staats- und Regierungschefs zusammenkommen. Im belgischen Ypres werden sie des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges gedenken, in Brüssel über die politische Agenda für die nächsten fünf Jahre beraten. Ich appelliere an unsere Verantwortlichen in der

Politik der 28 EU-Staaten, die historische Verantwortung für Frieden auf unserem Kontinent in eine europäische Wachstums- und Beschäftigungsagenda von morgen zu übersetzen.

Wir wollen vorankommen – wir in unseren Unternehmen, mit unseren Belegschaften, für unsere Kunden und Lieferanten. **Es geht darum, Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern und zu schaffen.** Lassen Sie uns dafür gemeinsam einsetzen!



Ulrich Grillo
Präsident
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.